



Niederschrift

Finanzausschuss

19. Wahlperiode - 105. Sitzung

am Donnerstag, dem 29. April 2021, 10 Uhr,
im Plenarsaal des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Stefan Weber (SPD) Vorsitzender
Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)
Tobias Koch (CDU)
Ole-Christopher Plambeck (CDU)
Birgit Herdejürgen (SPD)
Beate Raudies (SPD)
Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Joschka Knuth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dennys Bornhöft (FDP) i. V. v. Annabell Krämer
Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Volker Nielsen (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Personalstruktur- und Personalmanagementbericht 2020 des Landes Schleswig-Holstein (Berichtsjahr 2019)	5
	Drucksache 19/2660	
2.	Nachwuchskräfte-Werbekampagne des Landes	6
	Umdruck 19/5182	
3.	Betrieb von Coworking-Spaces	7
	Umdruck 19/5283 (Punkt 2)	
4.	Zügige Unterstützung digitaler Kontaktnachverfolgung	8
	Umdruck 19/5709	
5.	Schleswig-Holstein in Europa – Europapolitische Schwerpunkte	9
	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/2843	
6.	Home-Office steuerlich berücksichtigen	10
	Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2327	
	Mobiles Arbeiten gesetzlich regeln	10
	Alternativantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2358	
7.	Tätigkeitsbericht der Geldwäschaufsicht beim Finanzministerium für den Zeitraum 09/2017 bis 03/2020	11
	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/2350	
8.	Prüfung des Landesrechnungshofs für das Haushaltsjahr 2018	12
9.	Bericht des Finanzministeriums zu den Auswirkungen des aktuellen Urteils des Oberverwaltungsgerichts zur Beamtenbesoldung in Schleswig-Holstein auf die Besoldungsstruktur und den Landeshaushalt	13
	Antrag der Abg. Beate Raudies (SPD) Umdruck 19/5596	

10.	Information/Kenntnisnahme	14
	Umdruck 19/5681 - Verwaltungsvereinbarung LEFIS	14
11.	Verschiedenes	15

Der Vorsitzende, Abg. Weber, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Personalstruktur- und Personalmanagementbericht 2020 des Landes Schleswig-Holstein (Berichtsjahr 2019)

[Drucksache 19/2660](#)

(überwiesen am 24. Februar 2021 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Finanzausschuss)

Herr Schrödter, Chef der Staatskanzlei, führt in den Bericht ein. Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet er, die Landesregierung arbeite weiter erfolgreich daran, den Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Landesverwaltung zu erhöhen. Die Maßnahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements (Leitstelle, Ansprechpersonen, Fortbildung) wirkten sich positiv auf die Entwicklung der Dienstfähigkeit aus. Bei der Werbung um qualifizierten Nachwuchs konkurriere der öffentliche Dienst mit der privaten Wirtschaft. Zum Thema Sprachkompetenz der öffentlichen Verwaltung werde er schriftliche Informationen nachreichen.

Der Finanzausschuss empfiehlt dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, dem Landtag zu empfehlen, den Bericht Drucksache 19/2660 zur Kenntnis zu nehmen.

Die finanzpolitischen Sprecherinnen und Sprecher wollen sich über Umfang und Turnus der zukünftigen Berichterstattung der Landesregierung verständigen. Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer legt Wert darauf, dass die Landesregierung auch in Zukunft jährlich über die Entwicklung der Zahl der Landesbediensteten/Stellen und der Personalausgaben berichtet.

2. Nachwuchskräfte-Werbekampagne des Landes

[Umdruck 19/5182](#)

Staatssekretär Schrödter berichtet über die Maßnahmen der Landesregierung zur Nachwuchsgewinnung (Umdruck 19/5182), lässt zwei von der Staatskanzlei entwickelte Recruiting-Filme zeigen und die Broschüre „Komm zu uns! Arbeiten beim Land Schleswig-Holstein“ verteilen.

Der Finanzausschuss lobt die Aktivitäten der Landesregierung und sieht der Vorlage der Ergebnisse der Wirkungsmessung entgegen.

Auf Fragen der Ausschussmitglieder antwortet der Chef der Staatskanzlei, persönliche Erfahrungen, Praktika/Kinowerbung/Ausbildungsmessen (nicht während der Coronapandemie), Ausbildungsportal, Werbung in Radio und sozialen Medien sowie Plakate entfaltet eine Wirkung.

Herr Kliewe, Leiter des Referats Ressortübergreifendes Personalmarketing, Leitstelle Betriebliches Gesundheitsmanagement und Suchtprävention in der Staatskanzlei, ergänzt, man wünsche sich, dass die Schulen im Rahmen der Berufsorientierung noch mehr über den Arbeitgeber Land informierten, zum Beispiel mithilfe von Nachwuchskräften des Landes als Markenbotschafter. Das Angebot an Praktika in der Landesverwaltung solle besser kommuniziert, qualitativ optimiert und zielgerichteter strukturiert werden. Das Thema Sprachkompetenz in der Verwaltung habe man im Blick und wolle man in einem weiteren barrierefreien Werbefilm 2022 zu berücksichtigen versuchen. Die verschiedenen Werbemaßnahmen des Landes würden in einem Arbeitskreis abgestimmt, dabei möglichst alle Landesteile berücksichtigt und nach den Ergebnissen der Wirkungsmessung der CAU und der Online-Befragung immer wieder angepasst (zum Beispiel Instagram statt Buswerbung).

Der Ausschuss nimmt Umdruck 19/5182 zur Kenntnis.

3. Betrieb von Coworking-Spaces

[Umdruck 19/5283](#) (Punkt 2)

Staatssekretär Schrödter berichtet über den Betrieb von Coworking-Spaces (siehe Anlage 1).

Abg. Knuth begrüßt, dass das Land moderne Arbeitsmodelle erprobe.

Abg. Raudies erwartet, dass die Landesregierung den Finanzausschuss zu gegebener Zeit über die Erfahrungen mit dem Betrieb von Coworking-Spaces unterrichte und man dann darüber berate, inwieweit eine Etablierung dieser neuen Arbeitsform sinnvoll sei.

Staatssekretär Schrödter sagt zu, vor einer möglichen Verstetigung des innovativen Instruments auf den Finanzausschuss zuzukommen, das dazu beitragen könne, Frauen in Beschäftigung zu bringen sowie Familie und Beruf besser vereinbar zu machen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

4. Zügige Unterstützung digitaler Kontaktnachverfolgung

[Umdruck 19/5709](#)

Staatssekretär Schrödter führt in die Vorlage ein. Auf eine Frage von Abg. Raudies teilt er mit, dass das Vergabeverfahren von ITV.SH durchgeführt worden sei.

Einstimmig erteilt der Finanzausschuss die erbetene Zustimmung.

5. Schleswig-Holstein in Europa – Europapolitische Schwerpunkte

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/2843](#)

(überwiesen am 26. März zur abschließenden Beratung)

Der Finanzausschuss nimmt den Europabericht abschließend zur Kenntnis.

6. **Home-Office steuerlich berücksichtigen**

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/2327](#)

Mobiles Arbeiten gesetzlich regeln

Alternativantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2358](#)

(überwiesen am 26. August 2020 an den **Finanzausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Sozialausschuss)

hierzu: [Umdrucke 19/4486, 19/4516, 19/4518, 19/4523, 19/4629](#)
(neu), [19/4795, 19/4809, 19/4818, 19/4831](#) (neu),
[19/4843, 19/4844, 19/4845, 19/4846, 19/4853,](#)
[19/4856, 19/4857, 19/4858, 19/4860, 19/4861,](#)
[19/4864, 19/4868, 19/4869, 19/4871, 19/4918](#)

Einstimmig beschließt der Finanzausschuss, die Beschlussfassung über den SSW-Antrag zurückzustellen und zu dem SPD-Antrag eine gemeinsame Anhörung mit Wirtschafts- und Sozialausschuss durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, bis zum 7. Mai 2021 Anzuhörende zu benennen.

7. Tätigkeitsbericht der Geldwäscheaufsicht beim Finanzministerium für den Zeitraum 09/2017 bis 03/2020

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/2350](#)

(überwiesen am 29. Oktober 2020)

hierzu: [Umdrucke 19/4979](#), [19/5127](#)

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht abschließend zur Kenntnis.

8. Prüfung des Landesrechnungshofs für das Haushaltsjahr 2018

Einstimmig empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, dem Landesrechnungshof für das Haushaltsjahr 2018 Entlastung zu erteilen.

9. Bericht des Finanzministeriums zu den Auswirkungen des aktuellen Urteils des Oberverwaltungsgerichts zur Beamtenbesoldung in Schleswig-Holstein auf die Besoldungsstruktur und den Landeshaushalt

Antrag der Abg. Beate Raudies (SPD)
[Umdruck 19/5596](#)

Finanzministerin Heinold trägt den erbetenen Bericht vor (Sprechzettel siehe Anlage 2).

Eine Frage von Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer beantwortet Herr Guterl, Mitarbeiter im Finanzministerium, dahin, aus der Begründung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 5. Mai 2020 ergebe sich, dass Veränderungen beim Beihilferecht ein Baustein zur Herstellung der Verfassungskonformität sein könnten.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis und bittet das Finanzministerium, ihn bei dem Thema auf dem Laufenden zu halten.

10. Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 19/5681](#) - Verwaltungsvereinbarung LEFIS

Der Finanzausschuss nimmt den Umdruck zur Kenntnis.

11. Verschiedenes

a) Auf Vorschlag von Ministerin Heinold verständigen sich Finanzausschuss und Finanzministerium, dass der Beteiligungsausschuss am 3. Juni 2021 zu den Themen Zukunftspakt und 6. Änderungsvereinbarung UKSH, hsh finanzfonds AöR und hsh portfoliomanagement AöR und am 30. September 2021 zu den Themen Jahresabschluss 2020 und coronabedingter Mehrbedarf UKSH tagt.

b) Die nächste Sitzung des Finanzausschusses findet am 6. Mai 2021 statt.

Der Vorsitzende, Abg. Weber, schließt die Sitzung um 12:10 Uhr.

gez. Stefan Weber
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer